

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Rheingönheim

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Mittwoch, den 11.09.2019
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Rheingönheim, Hauptstraße 210

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Wilhelm Wißmann

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Julia Caterina Appel

Peter Niedhammer

Thomas Engeroff

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Dr. Werner Janjic

FWG-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Mathias Weickert

Schriftführer/in

Martina Majorosi

Entschuldigt fehlten:

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Joachim Zell

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Thomas Schell

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Vorstellung des neuen Werkleiters der Wirtschaftsbetriebe Ludwigshafen Peter Nebel
Vorlage: 20190061
4. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Pläne zur Erschließung "Obere Weide" und "Im Kappes" als Neubaugebiet
Vorlage: 20190268
5. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Planung Neubaugebiet Riedlang/ Im Kappes
Vorlage: 20190178
6. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Verkehrssituation in der Kornackerstraße
Vorlage: 20190270
7. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Carsharing in Rheingönheim und Station VRNnextbike
Vorlage: 20190176
8. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Parkplatzsituation in Rheingönheim, Hauptstraße
Vorlage: 20190274
9. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Umgestaltung der Einmündung Hoher Weg/ Neuhöfer Straße
Vorlage: 20190177
10. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Geschwindigkeit auf der Kreisstraße K7 um das Neubaugebiet "Neubruich"
Vorlage: 20190273
11. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Grünanlagen in Rheingönheim
Vorlage: 20190271
12. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand Bauschuttdeponie Hoher Weg 2
Vorlage: 20190180
13. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Sachstand
Ertüchtigung Rehbachdeich Gemarkung Rheingönheim
Vorlage: 20190181

14. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Stadtentwicklungskonzept für Rheingönheim
Vorlage: 20190272
15. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand zur Baumaßnahme Südspange auf Rheingönheimer Gelände
Vorlage: 20190182
16. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Ergebnisse der Sportstättenbegehung 2019
Vorlage: 20190269
17. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand Erweiterung Mozartschule
Vorlage: 20190190

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Rheingönheim war beschlussfähig.

Herr Ortsvorsteher Wißmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Teilnehmer. Herr Ortsbeirat Zell (CDU) und Herr Ortsbeirat Dr. Schell (FDP) haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Die Tagesordnungspunkte 11 und 12 werden aufgrund der Anwesenheit von Frau Bindert und Herrn Nebel vorgezogen. Zusätzlich wird Frau Bindert im Anschluss an Tagesordnungspunkt 11 noch die neuen Beschilderungen für Spiel- und Bolzplätze vorstellen.

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5 werden zusammengefasst behandelt.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen von Bürgern vor.

zu 2 Bericht Ortsvorsteher

Der Ortsvorsteher Herr Wißmann berichtet, dass das Wiesen- und Baumbestattungsfeld auf dem Rheingönheimer Friedhof fast fertiggestellt ist. Es muss nur noch eingesät und die Bäume gepflanzt werden.

Das Thema „Enge Straßen“ ist soweit geregelt, dass die Sandgasse, die Benngewannstraße und die Luisenstraße zu verkehrsberuhigten Straßen ausgewiesen werden.

Die Anordnungen des Bereichs Straßenverkehr liegen im Ortsvorsteherbüro aus und können dort eingesehen werden.

Alle weiteren Anregungen und Wünsche bitte direkt an das Dezernat 2 bzw. an den Bereich Straßenverkehr richten. Bitte nicht mehr an den Ortsvorsteher, da er es auch nur weitergeben kann. Der direkte Weg geht schneller.

In der Altfriedhofstraße und in der Reinwaltstraße wird wahrscheinlich das Halteverbot durchgesetzt werden. Wie das zeitlich und informativ abläuft ist noch zu klären. Der Ortsvorsteher ist der Meinung, dass die Anwohner noch genauer informiert werden müssen.

Bezüglich der Baustelle in der Hauptstraße kommt es vermehrt zu Beschwerden aus dem Neubruch, aus der Carolistraße, aus der Sandgasse und den anliegenden Straßen, weil diese Straßen von Insidern als Umfahrung genutzt werden. Dies sollte beobachtet werden und evtl. werden vom Ortsbeirat noch Anträge gestellt. Die Kontrolle gestaltet sich allerdings schwierig, denn der fließende Verkehr ist Sache der Polizei und wie schon bekannt ist, herrscht dort Unterbesetzung.

Die Verkehrssituation im Bereich Mozartschule ist nach wie vor chaotisch. Vielleicht sollte hier ein gemeinsamer Antrag von allen Ortsbeiräten erfolgen, um hier doch noch einmal eine Einbahnstraßenregelung ins Gespräch zu bringen.

Was derzeit wieder hochkocht ist die Wasserversorgung am Adamshof. Nach dem Bericht im „Spiegel“ über Radon und die Uranbelastung bei Rewe usw. und der Anfrage der Freien Wähler im Stadtrat, glaubt man über diese Schiene Druck machen zu können. Es ist aber ganz klar zu sagen, dass von Seiten der Ortsvorsteher und Ortsbeiräte schon in den 90er Jahren versucht wurde, eine Lösung über die TWL herbeizuführen. Die wurde aber damals abgelehnt, u. a. weil ein Stadtratsbeschluss besteht, wonach die Kosten nicht der Allgemeinheit angelastet werden können. Es mag sein, dass hier zwischenzeitlich eine andere europäische Auffassung auf das Recht auf sauberes Trinkwasser besteht, aber über die Kosten und wer diese bezahlt, wird sicher die Stadtverwaltung entscheiden.

Es gibt heute sicherlich Möglichkeiten eine Leitung zu verlegen. Die Leitungslänge von 1 300 Metern einfacher Weg besteht aber nach wie vor. Dies bedeutet, dass das stehende Wasser in dieser Leitungslänge die Gefahr einer Verkeimung hervorrufen kann, welche selbst über eine Ringleitung nicht ausgeschlossen werden kann.

Der Ortsvorsteher stellt aber auch fest, dass von den 12 erwachsenen Anwohnern auf dem Adamshof einige dort hingezogen sind bzw. dort Häuser gekauft haben, obwohl sie wussten, dass dort keine Trinkwasserleitung besteht und dass damals schon die Brunnen überprüft werden mussten. Wobei die Überprüfung der Brunnen nur gemacht werden muss, wenn Wohnungen oder Häuser vermietet sind. Wenn diese selbst genutzt werden, muss man nicht unbedingt das Wasser prüfen lassen. Auch das muss mitbedacht werden.

Es wird auch über Trinkwasserbrunnen nachgedacht wird, an denen man sich Trinkflaschen abfüllen kann. Vielleicht wäre dies auch eine Lösung für die Bewohner des Adamshofs.

zu 3 Vorstellung des neuen Werkleiters der Wirtschaftsbetriebe Ludwigshafen Peter Nebel

Herr Peter Nebel, neuer Werkleiter des WBL, stellt sich in allen Ortsbeiratssitzungen vor. Zu seiner Person: Herr Nebel ist 52 Jahre alt, verheiratet und hat 2 Kinder. Er kommt aus Speyer, lebt dort und hat zuvor in ähnlicher Position fast 23 Jahre gearbeitet. Von daher freut er sich sehr in Ludwigshafen den WBL leiten zu dürfen und für Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Sein größtes Hobby ist „Ingenieure ohne Grenzen“. Er merkt noch an, dass der WBL für alle Belange, Anliegen und Probleme jeder Art stets erreichbar ist.

zu 4 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Pläne zur Erschließung "Obere Weide" und "Im Kappes" als Neubaugebiet

Die beiden Tagesordnungspunkte 4 und 5 werden zusammen behandelt.

Herr Ortsbeirat Dr. Janjic (CDU) stellt die Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion vor. Zu möglichen Plänen für Neubaugebiete in Rheingönheim fragen wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Folgendes an:

- Wie ist der derzeitige Sachstand zu einer möglichen Erschließung der landwirtschaftlichen Flächen „Obere Weide“ und „Im Kappes“ zwischen Rheingönheim und Neuhofen als Neubaugebiete?
- Sollte es bei der Stadt fortgeschrittene Pläne hierzu geben möchten wir wissen:
 - Gibt es Gutachten zu Auswirkungen auf Umwelt, Natur und zu Konsequenzen einer Bebauung der „Frischluftschleuse“ zwischen Rheingönheim und Neuhofen?
 - Werden Baugebiete privat oder öffentlich erschlossen?
 - Gibt es bereits einen Erschließungsträger?
 - Wie erfolgt die Umlegung der Baugebiete?
 - Wie ist die Verkehrsanbindung eventueller Baugebiete geplant? Welche Straßen werden zur verkehrstechnischen Erschließung genutzt bzw. neu gebaut?

Wir fordern von der Stadtverwaltung einen Dialog zur eventuellen Erschließung von Neubaugebieten im Ort. Ebenso fordern wir, dass der Ortsbeirat und die Bürger besser informiert und eingebunden werden, bevor auf Ebene der Stadt diesbezüglich Entscheidungen getroffen werden, deren Auswirkungen in erster Linie am Ort zu spüren sind.

Daher bitten wir im Falle einer geplanten Erschließung von Neubaugebieten um Anwesenheit eines Vertreters der Stadt, um Fragen des Ortsbeirates und der Bürgerinnen und Bürger Rede und Antwort zu stehen.

Herr Ortsbeirat Engeroff (SPD) stellt die Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion dazu vor: Die SPD-Ortsbeiratsfraktion Rheingönheim fordert eine Information über den aktuellen Planungsstand bzw. Terminierung für das Neubaugebiet Riedlang/Im Kappes. Weiterhin bitten wir um Auskunft, ob und wann das Gelände jenseits der B9 bebaut werden soll.

Herr Ortsbeirat Dr. Janjic weist darauf hin, dass es bei der Anfrage der CDU um jegliche Neubaugebiete geht. Es stellt sich hier die Frage, ob nicht eine Innenraumentwicklung des Stadtteils wichtiger wäre. Muss der Stadtteil immer mehr nach außen wachsen und der dörfliche Charakter zerstört werden oder kann man nicht erst einmal die Probleme im Inneren lösen, wie z. B. Schule?

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion spricht sich für eine Herstellung einer vernünftigen Infrastruktur aus, bevor man weitere Neubaugebiete ins Auge fasst.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die beiden Stellungnahmen der Bereiche Stadtplanung aus und liest sie vor:

„Zur Entwicklung von weiteren Wohngebieten in Rheingönheim sind derzeit die Bereiche Im Kappes/Obere Weide in der Prüfung (siehe auch die Information des Ortsbeirats für die Sitzung am 15.05.2019). Die Flächen sollen durch den Erschließungsträger ACI GmbH & Co. KG erschlossen werden, der hierfür den Grundstückseigentümern und der Stadt seine Dienstleistung angeboten hat.

Die Rückmeldungen einzelner Grundstücks(mit)eigentümer zur Abfrage ihres Beteiligungsinteresses an einer Baugebietsentwicklung sind z.T. viel später als vorgesehen bzw. noch gar nicht erfolgt, weshalb aufwendige Recherchen und Einzelgespräche erforderlich waren. Aufgrund der Lage der betreffenden Grundstücke wird es daher länger dauern, bis zusammenhängende Flächen, die ausreichend groß für die Entwicklung eines ersten Bauabschnitts wären, überplant werden können. Entsprechend kann durch den Erschließungsträger erst später als angenommen mit der Entwicklung erster Konzepte begonnen werden.

Derzeit wird davon ausgegangen, dass Anfang 2020 mit ersten Entwürfen und ggf. Kostenkalkulationen zu rechnen ist. Hierüber wird der Ortsbeirat zum gegebenen Zeitpunkt mit Vorstellung der Konzepte durch den Erschließungsträger und den Bereich Stadtplanung informiert werden. Erst danach wird über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens zu entscheiden sein.

Detaillierte Gutachten zu den Umweltauswirkungen einer Bebauung in dem Bereich werden in den jeweiligen Bebauungsplanverfahren erstellt werden. Die grundsätzliche Bebaubarkeit und Nutzbarkeit der Flächen zu Wohnzwecken wurde im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplans '99 untersucht. Aufgrund der positiven Ergebnisse wurden die Flächen als Wohnbauland dargestellt.

Ob die Umliegung privat oder öffentlich erfolgt, ist derzeit noch nicht entschieden. Ein wesentlicher Faktor wird das Planungskonzept und die Kostenkalkulation sein, die derzeit noch nicht vorliegen (s.o.).

Die Fragen zur Verkehrserschließung können nach Vorlage eines Planungskonzeptes durch den Erschließungsträger beantwortet werden.

Gelände jenseits der B9

Wir nehmen an, dass mit dem Gelände jenseits der B9 die Wohnbaufläche „Im Götzenstück“ gemeint ist, die an der Grenze zu Limburgerhof im FNP `99 dargestellt ist.

Derzeit gibt es keine konkrete Planung, wann diese Fläche entwickelt werden soll. Auf Initiative der Gemeinde Limburgerhof wird im Herbst ein Gespräch zwischen OB und Bürgermeister Poignée zu dem Thema stattfinden.“

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) spricht sich gegen eine Bebauung „Im Götzenstück“ aus. Es handelt sich zwar hier um Rheingönheimer Gemarkung, jedoch würden die Anwohner eher zu Limburgerhof tendieren. Dies kennt er von der Dhauner Straße. Hier handelt es sich auch um Rheingönheimer Gemarkung, aber die Bewohner fühlen sich eher zur Gartenstadt zugehörig.

Die Ortsbeiräte sprechen sich nach längerer Diskussion dafür aus, dass unbedingt noch weitere Informationen der Stadtverwaltung nötig sind. Der Rheingönheimer Ortsbeirat soll in die weiteren Planungen miteinbezogen werden.

Die CDU-Ortsbeiratsfraktion spricht sich derzeit gegen eine Planung von weiteren Neubaugebieten aus.

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion fordert vor der Planung eines neuen Baugebietes die Herstellung einer vernünftigen Infrastruktur im Ort und eine Bauweise nach ökologischen Gesichtspunkten.

Herr Ortsvorsteher Wißmann ist der Meinung, dass zu gegebener Zeit eine Bürgerversammlung stattfinden soll.

**zu 5 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Planung Neubaugebiet Riedlang/ Im Kappes**

Siehe Text bei TOP 4

**zu 6 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Verkehrssituation in der Kornackerstraße**

Herr Ortsbeirat Dr. Janjic (CDU) stellt die Anfrage vor.

Die CDU-Ortsbeiratsfraktion bittet um Auskunft, auf wessen Wunsch die Aufstellung des Blumenkübels auf der Straße im Mündungsbereich zum Brückweg veranlasst wurde.

Wie oft werden Kontrollen der Parksituation (5m Regel) im Einmündungsbereich der Querstraßen durchgeführt?

Bürger beobachten, dass Abstandsgrenzen nicht eingehalten werden. Dadurch entstehen gefährliche Situationen bei der Ein- und Ausfahrt in die Kornackerstraße und den Querstraßen. Die Sicht ist eingeschränkt.

Im gesamten Bereich der Straße entstehen Engpässe, da beidseitig geparkt wird.

Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation sind vorgesehen?

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Stellungnahme des Bereichs Straßenverkehr aus und liest sie vor:

„In der Verkehrsrundfahrt am 30.08.2007 wurden aufgrund von Nachfragen aus der Bürgerschaft zur Verbesserung der Verkehrssituation in Bezug auf Reduzierung der Geschwindigkeit durch Aufheben von Haltverboten im Teilbereich Brückweg zwischen Straßenbahn und Einmündung Kornackerstraße, sowie die Aufstellung eines Blumenkübels in der Kornackerstraße behandelt. Im Ergebnis wurde damals festgestellt, dass die Haltverbote nicht aufgehoben werden können. Der Blumenkübel wurde als sinnvolle Unterstützung zur Einhaltung der Tempo-30-Zone betrachtet und mit Markierung einer Sperrfläche, sowie Absicherung des Blumenkübels mit Leitplatten außerhalb des gesetzlichen Parkverbotes (5 m - Einmündungsbereich zuzüglich) angeordnet. Ein Fahrzeug kann sich vor dem Beginn der Markierung legal hinstellen um Gegenverkehr passieren zu lassen.

Grundsätzlich werden Kontrollen im Rahmen der Streife für den Ortsteil Rheingönheim durchgeführt.

Im Zeitraum vom 01.01.2019 bis heute wurden

- in der Kornackerstraße 14 Verwarnungen ausgestellt und eine Abschleppmaßnahme durchgeführt
- im Brückweg 4 Verwarnungen ausgestellt.
- Ilseweg, Alwineweg und die Stichstraßen Sommerfeldweg (verkehrsberuhigter Bereiche, hier gibt es keinen 5 m Einmündungsbereich, da diese Straße als Grundstücksein- und -ausfahrt gilt) keine Verwarnungen.

Bei den Kontrollen wurden keine Verstöße im gesetzlichen Parkverbot der 5 m-Einmündungsbereiche festgestellt.

Insgesamt sind in diesem Jahr in Rheingönheim 476 gebührenpflichtige Verwarnungen ausgestellt und 35 Abschleppmaßnahmen durchgeführt worden.

Die Kornackerstraße ist rund 7 m breit, sodass bei beidseitigem Parken parallel zum Fahrbahnrand eine Restfahrbahnbreite von 3,50 m verbleibt, aufgelockert durch die vielen Bereiche - mit Senkrechtparkplätzen - in denen die Restfahrbahnbreite dann ca. 5,50 m, bei gegenüberliegender Senkrechtparkbucht ca. 7 m, beträgt. Hier besteht außer den gesetzlichen Halt- und Parkverboten, sowie den beschilderten Haltverboten zwischen Hauptstraße und nach dem Ilseweg, sowie der Freihaltung der Feuerwehrezufahrten kein Verkehrsgrund für weitere Maßnahmen.“

Herr Ortsvorsteher Wißmann stellt fest, dass die Antwort an der Frage vorbeigeht. Es ging eigentlich nur um den Blumenkübel, welcher dort im Bereich Brückweg steht. Der Kübel sieht verwaht aus und wird nicht gepflegt. Die Stadtverwaltung sollte sich darum kümmern und diesen Kübel ansehnlich gestalten und bepflanzen.

Dieser Tagesordnungspunkt soll noch einmal nachgefragt werden beim Bereich Straßenverkehr.

**zu 7 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
 Carsharing in Rheingönheim und Station VRNnextbike**

Herr Ortsbeirat Engeroff (SPD) stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Das Mobilitätskonzept Carsharing bietet eine Verbesserung der Mobilität bei gleichzeitiger Einsparung von Parkraum und Ressourcen. In Rheingönheim steht in zentraler Lage kein Carsharing-Standort zur Verfügung. Die SPD-Ortsbeiratsfraktion bittet um Auskunft über die Optionen zur Einrichtung eines solchen Standorts und fordert die zeitnahe Bereitstellung.

- Im Ortszentrum stehen wenige Parkplätze zur Verfügung. Durch ein attraktives Angebot können Mitbürger ggfs. dazu überzeugt werden, anstatt einen (Zweit)Kfz das Carsharing-Angebot zu nutzen.
- Um eine ökologisch sonnvolle Ergänzung zum Öffentlichen Nahverkehr zu bieten, fordert die SPD Rheingönheim weiterhin die Einrichtung einer VRNnextbike-Station an der Straßenbahnenendstelle und am Bahnhof.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Antwort des Bereichs Stadtplanung aus und liest sie vor:

„Carsharing:

Carsharing-Angebote werden von privaten Unternehmen wie z.B. Stadtmobil eigenwirtschaftlich bereitgestellt. Im Stadtteil Rheingönheim ist nach Aussagen des Betreibers Stadtmobil derzeit eine zu geringe Nachfrage vorhanden, als dass sich ein entsprechendes Angebot durch weitere Standorte wirtschaftlich betreiben ließe. Somit ist derzeit kein weiterer Ausbau neben der Station am Giuliani-Knoten in Rheingönheim vorgesehen. Sollte sich in Zukunft ein entsprechender Bedarf entwickeln, wird die Stadtverwaltung im Rahmen der örtlichen und rechtlichen Möglichkeiten gemeinsam mit dem Betreiber sinnvolle Standorte ausweisen.

VRNnextbike:

Beim Fahrradvermietsystem VRNnextbike handelt es sich um ein sogenanntes stationsgebundenes System, bei dem die Fahrräder nur an ausgewiesenen Stationen ausgeliehen und zurückgegeben werden dürfen. Durch die Bereitstellung der zwei vorgeschlagenen Stationen an der Endstelle und am S-Bahnhof wären so, abgesehen von eher unwahrscheinlichen Fahrten bis zu innerstädtischen Stationen, innerhalb Rheingönheims nur Fahrten zwischen diesen beiden Standorten möglich. Fahrten zwischen diesen Stationen und den Wohngebieten bzw. dem Ortszentrum wären somit nur möglich, wenn weitere sog. korrespondierende Stationen im Stadtteil eingerichtet werden würden.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Fahrradvermietsystem haben aber gezeigt, dass diese nur in innerstädtischen bzw. stark verdichteten Stadtbereichen sinnvoll und wirtschaftlich zu betreiben sind. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass diese Wirtschaftlichkeit für den Vermieter in Ludwigshafen auch nur dadurch zu erreichen ist, indem im Durchschnitt jährlich städtische Zuzahlungen in der Größenordnung von derzeit ca. 5.000 bis 6.000 Euro für eine Standardvermietstation gezahlt werden.

Vor diesem Hintergrund sind derzeit seitens der Stadt keine Fahrradvermietstationen in Rheingönheim vorgesehen.“

Herr Ortsbeirat Engeroff findet die Antwort zum Carsharing extrem unbefriedigend. Eine Station bei Giuliani ist unattraktiv. Wie Stadtmobil zu der Aussage der geringen Nachfrage kommt, ist auch nicht nachvollziehbar. Er ist der Meinung, dass – auch bei VRNnextbike – eine Nachfrage geschaffen werden muss. Gerade im Hinblick auf die Hochstraße, möchten

Bürger vielleicht ihr Auto lieber hier stehen lassen und noch das letzte Stück mit dem Fahrrad in die Stadt fahren. Nach einem gewissen Gewöhnungszeitraum würde das Ganze vielleicht gut laufen. Carsharing ist für Rheingönheimer Familien sinnvoll, die nicht immer 2 Autos benötigen.

Frau Ortsbeirätin Appel (SPD) und Herr Ortsbeirat Engeroff schlagen vor den Carsharing-Parkplatz an die Endhaltestelle zu verlegen und fordern eine erneute Stellungnahme hierzu, ob eine Verlegung bzw. ein zusätzlicher Carsharing-Standort an der Endhaltestelle möglich ist.

zu 8 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Parkplatzsituation in Rheingönheim, Hauptstraße

Herr Ortsbeirat Dr. Janjic (CDU) stellt den Tagesordnungspunkt vor.

In großer Regelmäßigkeit blockieren Kraftfahrzeuge (Transporter) die Gehwege und Einfahrten im Bereich der Hauptstraße zwischen der Prot. Paul-Gerhardt-Kirche und der Kurpfalz-Apotheke.

Es handelt sich hierbei um die Bewohner des Anwesens Nr. 149 neben der Kurpfalz-Apotheke, die ihre Firmenfahrzeuge aufgrund Platzmangels nicht auf dem eigenen Grundstück abstellen und somit den gesamten Gehweg als Abstell- bzw. Parkplatz nutzen. Deshalb fragt die CDU-Ortsbeiratsfraktion an, inwieweit eine solche Praxis tolerabel ist und ob diesbezüglich bereits Überprüfungen der Verwaltung hinsichtlich Nachweis der Parkplätze etc. vorgenommen wurden.

Weiterhin möchten wir wissen, ob der Firmensitz eines Logistikunternehmens mit mehr als 10 Firmenfahrzeugen im Ortskern rechtmäßig ist.

Wir bitten daher erneut um regelmäßige Kontrollen, besonders in den Abendstunden, und um eine konkrete Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Stellungnahmen der Bereiche Bauaufsicht und Straßenverkehr aus und liest auszugsweise vor:

„Bauaufsicht: Bei der Ortskontrolle am 27.08.2019 konnten keine Hinweise (Werbeanlagen, Schilder) auf ein Logistikunternehmen in der Hauptstraße 149 festgestellt werden. Auch gewerberechtlich ist kein Logistikunternehmen unter dieser Adresse angemeldet.

Bauaufsichtlich gibt es eine Baugenehmigung für eine Kfz-Werkstatt (Restaurierung von Oldtimern). Diese Nutzung ist inzwischen beim Gewerbeamt abgemeldet.

Straßenverkehr: Die Hauptstraße in Rheingönheim wird in jedem Monat mehrmals von der Verkehrsüberwachung kontrolliert, zuletzt am 03.09.19. In diesem Jahr wurden bisher 193 Verwarnungen ausgestellt und 4 Abschleppmaßnahmen vorgenommen.

Ein halbseitiges Gehwegparken wird in Ludwigshafen geduldet, solange eine Gehwegrestbreite von 1,20 m vorhanden ist und keine konkreten Verkehrsregelungen vor Ort ein Gehwegparken verbieten. Im öffentlichen Verkehrsraum dürfen sowohl private wie auch gewerbliche Fahrzeuge abgestellt werden. Die Verkehrsüberwachung hat auch keine rechtlichen Möglichkeiten die Fahrzeugführer auf die Stellplätze auf dem Privatgrundstück zu verweisen.

Bezüglich des Nachweises von Stellplätzen auf dem Privatgrundstück, sowie baurechtliche Genehmigungen von Firmensitzen, ist 2-15 nicht zuständig und kann dazu keine Stellungnahme abgeben.“

Herr Ortsvorsteher Wißmann merkt dazu an, dass er mit der Gewerbeaufsicht und dem Ruhenden Verkehr seit einiger Zeit in Verbindung steht wegen diesem Problem. Er hat auch den Hauseigentümer deshalb kontaktiert. Es werden morgens gegen 8 Uhr bis ca. 10.30 Uhr die Fahrzeuge aus dem Hof gefahren und blockieren öffentliche Parkplätze. Es besteht aufgrund der Parkweise manchmal keine Möglichkeit mehr an den Transportern vorbeizulaufen bzw. die Einfahrt zur Kirche wird blockiert.

Frau Ortsbeirätin Appel (SPD) weist darauf hin, dass auch Bürger auf der Homepage der Stadt Ludwigshafen Parkverstöße melden können. Allerdings muss hier der Name angegeben werden und es sollten möglichst auch Beweisfotos dazu hochgeladen werden.

Herr Ortsvorsteher Niedhammer (SPD) regt an, die Pfosten, welche vor der Kurpfalz-Apotheke stehen, um einige Meter zu erweitern. Man kann auch an eine temporäre Lösung denken mit Pfosten, welche sich wegklappen lassen.

Der Ortsbeirat Rheingönheim beantragt die Verlängerung der Pfosten von der Apotheke bis zur Hausnummer 149. Ausgenommen werden soll allerdings die Einfahrt zur Garage der Apotheke (Hausnummer 151).

zu 9 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Umgestaltung der Einmündung Hoher Weg/ Neuhöfer Straße

Herr Ortsbeirat Engeroff (SPD) stellt den Tagesordnungspunkt vor:

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion bittet die Verwaltung ein Konzept zu entwerfen, mit dem Ziel eine vernünftige Verkehrsführung in diesem Bereich herzustellen. Wir tragen unsere Vorstellungen dem zuständigen Dezernat gerne in einem Ortstermin vor. Im Jahr 2014 und 2015 haben wir dieses Thema schon im Ortsbeirat ohne sichtlichen Erfolg behandelt.

Herr Ortsbeirat Engeroff ergänzt dazu, dass die Kreuzung den Ortsbeiratsmitgliedern hinreichend bekannt ist und es sich dort um eine gefährliche Situation handelt, insbesondere wegen der Nähe des Seniorenwohnheims und des Hauses Christopherus. Das Neubaugebiet befindet sich in der Nähe und der Verkehr in der Straße Richtung Netto wird mit Sicherheit mehr, wenn der Hochstraßenabriss beginnt. Zudem befindet sich hier auch der P & R-Parkplatz an der Endstelle.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Antwort des Bereichs Stadtplanung aus, in welcher das Angebot für einen Ortstermin gemacht wird.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) berichtet, dass im Jahr 2014 bereits eine Ortsbegehung stattfand und hier über einen kleinen Kreisverkehr gesprochen wurde. Damals wurde von

dem Planer festgestellt, dass eine schräge Einfahrt, wie sie hier vorhanden ist, nicht mehr zulässig ist, da sie schwer einzusehen ist.

Frau Ortsbeirätin Appel (SPD) gibt zu bedenken, dass die Vorschläge schon etliche Male vorgestellt wurden und jetzt wird wieder ein Ortstermin vorgeschlagen.

Herr Ortsvorsteher Wißmann regt noch an über den Vorschlag von Herrn Ortsbeirat Dr. Janjic (CDU) nachzudenken und als abbiegende Vorfahrtstraße die Neuhöfer Straße auszuzeichnen, so dass man aus der Abzweigung in den Hohen Weg rechtwinklig ausfahren kann.

Die Ortsbeiratsmitglieder sind sich einig, dass ein erneuter Ortstermin stattfinden soll mit gleichzeitiger Terminvorgabe an die Stadtverwaltung, bis wann das Problem zu lösen ist.

zu 10 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Geschwindigkeit auf der Kreisstraße K7 um das Neubaugebiet "Neubruch"

Herr Ortsbeirat Dr. Janjic (CDU) stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Rasende Autos auf der K 7 sind den Bürgerinnen und Bürgern ein Dorn im Auge! Die Kreisstraße K7 entlang des Wohngebietes „Neubruch“ bietet Rasern zunehmend gute Möglichkeiten, die Leistungen ihrer Motoren auszureizen. Problematisch sind dabei allerdings die beiden Einmündungen in das Neubaugebiet, die Käthe-Kollwitz-Allee und die Marie-Juchacz-Allee. Das morgendliche Einreihen in den fließenden Verkehr in Richtung Ludwigshafen wird ständig zum Wagnis, da mit erhöhter Geschwindigkeit ohne Rücksichtnahme auf Einbiegende gefahren wird.

Die CDU-Ortsbeiratsfraktion fragt daher an, ob eine generelle Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 50 km/h eingeführt werden kann?

Wenn nicht, bitten wir um eine plausible Begründung und ausführliche Prüfung des Sachverhaltes!

In verschiedenen Teilbereichen entlang des Landschaftsschutzgebietes Rehbachtal, außerhalb des Neubaugebietes, also im überörtlichen Straßennetz, wird Tempo 50 km/h bereits verordnet. Bei der Einknückung sogar Tempo 30, an dieser Stelle aber nicht.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Stellungnahme des Bereichs Straßenverkehr aus und liest sie vor:

„Im Bereich der K7 Hoher Weg von Hauptstraße kommend gilt bis Ortsausgangsschild die innerörtliche Geschwindigkeit von 50 km/h. Danach liegt die Straße außerhalb der geschlossenen Ortschaft und bei der Kontrolle der Geschwindigkeit ist damit ausschließlich die Polizei zuständig.

Wir werden deshalb den Antrag im Zusammenhang auf die Nichteinhaltung der bestehenden Geschwindigkeitsbeschränkungen an die Polizei weiterleiten.

Für eine Beschränkung der Geschwindigkeit müssen Verkehrsgründe vorliegen.

Dies können Unfälle, die auf Geschwindigkeitsüberschreitungen zurückzuführen sind, sein oder Sichteinschränkungen.

Vor diesem Hintergrund werden wir die Unfallsituation bei der Polizei abfragen und die Anfrage in der Verkehrsrundfahrt am 24.09.19 vor Ort prüfen.“

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt mit, dass er an der Verkehrsrundfahrt am 24.09.2019 teilnehmen wird.

Herr Ortsbeirat Engeroff (SPD) merkt dazu an, dass die Kreuzung in Höhe Münchner Häusel - die Autos biegen hier links ab in Richtung Altrip - für Fußgänger ein sehr gefährlicher Überweg ist. Man kann nur auf Gehör über die Straße gehen und sieht die Autos nicht. Die wenigsten fahren dort 50 km/h. Durch das Neubaugebiet Sommerfeld ist Rheingönheim auch näher an diese Kreuzung herangerückt. Er findet schade, dass erst Unfälle passieren müssen, bevor hier etwas getan wird.

Herr Ortsvorsteher Wißmann weist in diesem Zusammenhang auf den seit Jahren geforderten Fußweg an der Arminia hin.

Auch Herr Ortsbeirat Dr. Weickert (FWG) hat schon nachgefragt bezüglich der Kurve zwischen Sommerfeld und Arminia Sportplatz. Auch hier fahren die Autos viel zu schnell. Bei der Abzweigung in die Hilde-Domin-Straße wäre 30 km/h in der Kurve gewünscht. Jedoch wurde dies verneint, weil keine Unfälle festgestellt wurden.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) merkt an, dass vor Jahren bereits ein Fahrrad- und Fußgängerweg genehmigt war, allerdings durch die ADD abgelehnt wurde.

Herr Ortsvorsteher Wißmann weist noch daraufhin, dass es sich hier um eine Kreisstraße handelt und somit der LBM zuständig ist. Die Geschwindigkeitskontrolle außerhalb des Orts obliegt der Polizei. Er hat demnächst einen Termin mit der Polizei und wird dies ansprechen und auch vermehrte Kontrollen in diesem Bereich fordern.

zu 11 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Grünanlagen in Rheingönheim

Herr Ortsbeirat Dr. Janjic (CDU) stellt die Anfrage vor.

Immer wieder äußern sich die Bürgerinnen und Bürger über den desolaten Zustand der Grünflächen im Ort, insbesondere die Grünstreifen im Neubruch. Die CDU-Ortsbeiratsfraktion hat regelmäßig angefragt, wann mit einer entsprechenden Pflege der Grünflächen zu rechnen ist. Ferner forderten wir das Auslegen von Findlingen, um das Parken von Fahrzeugen in den Grünstreifen zu unterbinden. Es wird um eine zeitnahe Ortsbegehung mit Vertretern des Grünflächenamtes und um Terminvorschläge gebeten.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Antwort des Bereichs Bauverwaltung, Abteilung Grünconsulting, aus.

Frau Bindert, Abteilungsleitung Grünconsulting, erläutert noch die von ihr geschriebene Antwort.

Die Pflegeleistungen wurden hier ausführlich ausgeführt. Diese sollen optimiert werden, aber dies war leider noch nicht möglich. 2016 wurde der Masterplan beschlossen mit einer Erhöhung um 10 % in den ersten zwei Jahren. Die Quadratmeter, welche ein Mitarbeiter zu pflegen hat, haben sich vervielfacht. In den 90er Jahren waren dies ca. 2, 5 m² pro Mitarbeiter, heute ist man bei ca. 8,5 m². Dies ist nicht zu bewerkstelligen. Allerdings kann der Masterplan mehrheitlich umgesetzt werden und es werden auch in Zukunft mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Ein zusätzliches Problem für die Bäume stellen die warmen Sommer dar. Die Bäume, welche schon vorgeschädigt waren und auch im Winter schon viel zu wenig Wasser bekommen haben, gehen ein. In Ludwigshafen gibt es derzeit 135 000 Bäume, davon sind 90 000 Straßenbäume. Durch das warme Klima entsteht zusätzlicher Schaden, es gibt mehr Schnitтарbeiten, um Trockenholz herauszuschneiden und die Verkehrssicherheit herzustellen.

Im Neubruch gibt es 6 Bäume, welche eingehen werden. Hier gibt es erschwerte Bedingungen durch die Fertigstellung des Neubaugebiets und verschiedene Interessen der Anwohner. Die Bäume zu schützen ist schwer, durch die Bautätigkeit.

Die Grünpflege in der Stadt Ludwigshafen verbessert sich langsam. Sie bekommt auch immer wieder Anrufe von Bürgern, welche in Patenschaft die Grünpflege vor ihrem Haus übernehmen möchten.

In den letzten Jahren wurden Mittel zur Verfügung gestellt, um die Bäume, welche jährlich gefällt werden mussten (ca. 35 – 60), zu ersetzen. Allerdings waren dann keine sonstigen Neupflanzungen möglich.

Dank des neu gewonnenen Bewusstseins und der Klimafrage ist es gelungen die Mittel von 100 000,00 Euro (was für 50 bis 55 Bäume zum Nachpflanzen reicht) in diesem Jahr zu verdoppeln. Am 23.09.2019 geht Frau Bindert mit der entsprechenden Vorlage in den Ausschuss. Rheingönheim steht allerdings nicht auf der Vorlage.

Für das nächste Jahr wurden 350 000 Euro zur Verfügung gestellt, weil der Doppel-Haushalt beschlossen ist. Es liegt an der Politik für den nächsten Haushalt andere Zahlen zu beschließen. Zunächst werden die nördlichen Stadtteile, Ruchheim, Gartenstadt, Hemshof und Mundenheim drankommen. In der Notwende/Melm besteht ein ähnliches Problem wie im Neubruch. Hier sollte die Bautätigkeit endlich erledigt werden. In Ludwigshafen gibt es sehr viel Grün, aber auch damit verbunden viele Aufgaben.

Herr Ortsbeirat Dr. Weickert (FWG) stellt eine Frage nach der zusätzlichen Bewässerung von Bäumen mit Fahrzeugen?

Frau Bindert berichtet, dass schon eine Anpassung an die Trockenheit erfolgt ist, so dass andere Baumarten ausgewählt werden und dass in keiner Straße nur eine Baumart gepflanzt wird. Dies wird schon seit 10 Jahren so gemacht. Mindestens 2 bis 3 Baumarten kommen in eine Straße. Bei der Pflanzung gibt es neue Vorgaben z. B. zu Düngemitteln. Die Wassergabe wird verdoppelt. Die Bäume werden 3 Jahre gepflegt. Es bleibt aber nicht aus, dass weiter zu wässern ist. 1074 Bäume wurden in diesem Jahr weiter gewässert, um Schäden zu verhindern. Die Wassergabe wurde optimiert mit Säcken in welchen das Wasser viel langsamer abgegeben wird und zusätzlich wird noch der Gießring bewässert. Der Aufwand, welcher entsteht durch Wässern mit betankten Fahrzeugen ist unwirtschaftlich. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass diese Art der Bewässerung unbezahlbar ist.

Herr Ortsbeirat Engeroff (SPD) möchte noch zur Mähung der Wiesenstücke anmerken, dass zwischen altem Ortsteil und Neubuch ein Wildwuchs an Brennesseln besteht. Hier wird zweimal jährlich geschnitten. Aus der nicht bebauten Fläche hinter der TG Frei Heil-Halle wuchern die Brombeeren so sehr auf den Radweg, dass es für Radfahrer und Fußgänger gefährlich wird.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) stellt noch eine Frage zu dem Radweg von der Rehbachbrücke bis zur Kurve an der K7 Richtung Altrip. Der Weg ist so zugewuchert, dass von der Breite 3 Meter nur noch 1,50 Meter übrig ist durch Heckenbewuchs. Für Radfahrer ist dies sehr unangenehm und er bittet Frau Bindert darum, sich dieses Problem anzuschauen.

Frau Bindert wird sich diese beiden geschilderten Fälle anschauen.

Herr Ortsbeirat Dr. Janjic fragt noch einmal, ob die Möglichkeit besteht in den Grünstreifen im Neubuch Findlinge auszulegen?

Frau Bindert antwortet, dass grundsätzlich im öffentlichen Verkehrsraum Findlinge, Poller oder ähnliches angeordnet werden müssen. D. h. dass der Bereich Straßenverkehr den Auftrag gibt, Findlinge auszulegen. Hier wäre es hilfreich, wenn die geforderten Flächen genau angezeigt werden würden. Außerdem ist zu beachten, dass ein erhöhter Pflegeaufwand beim Mähen entsteht.

Herr Ortsvorsteher Wißmann schlägt einen gemeinsamen Ortstermin mit Frau Bindert vor. Er merkt noch an, dass die Anwohner, welche Bäume vor der Tür haben den Baum speziell in den heißen Monaten mit 2- 3 Eimern wässern könnten.

Frau Bindert stimmt dem zu. Mit einer Gießkanne pro Tag ist dem Baum schon geholfen.

Spielplatzbeschilderung:

Frau Bindert stellt den Ortsbeiratsmitgliedern die neue Beschilderung für Spielplätze und Bolzplätze vor. Aktuell gibt es 176 Spielplätze und 48 Bolzplätze in Ludwigshafen. Ein paar der Bolzplätze werden derzeit als Ausweichquartier für Kindertagesstätten genutzt. Aktuell sind die Ruhezeiten auf den Spielplätzen zwischen 20 Uhr und 8 Uhr. Sonn- und feiertags bestehen noch zusätzliche Ruhezeiten von 13 Uhr bis 15 Uhr. In der Grünflächensatzung wurde alles festgelegt, hier steht z. B., dass auf Spielplätzen Hundeverbot, Alkoholverbot und Rauchverbot besteht.

Im Sommer gibt es viele Beschwerden wegen Personen, welche abends und nachts die Spielplätze nutzen und sich nicht an die Regeln halten. Diese verursachen Lärm, hinterlassen ihren Müll, betreiben Vandalismus etc.

Von rechtlicher Seite her müsste man keine Schilder aufstellen, da aber nicht jedem Nutzer die Grünanlagensatzung geläufig ist, gibt es jetzt einen Kompromiss. Es wird zur Information auf jedem Spielplatz und jedem Bolzplatz ein Schild aufgestellt.

Frau Bindert hat eine Beispielbeschilderung mitgebracht, welche sie den Ortsbeiratsmitgliedern zeigt. Die Beschilderung ist dreigeteilt. Zunächst gibt es eine Adressen- und Namensangabe, Notfallrufnummer und den Verweis auf die Bußgelder und einen Hinweis auf die Grünanlagensatzung.

Auf dem zweiten Schild sind die Öffnungszeiten vermerkt und die Altersbegrenzung. Auf dem dritten Schild befinden sich die Ge- und Verbote. Gebote blau, Verbote rot.

Momentan gibt es 14 verschiedene Schilder in Ludwigshafen. Eine Vereinheitlichung ist vorgesehen. Durch die Dreiteilung der Schilder kann man im Beschädigungsfall nur den notwendigen Teil austauschen, so lassen sich Kosten sparen.

Von der Polizei und dem KVD wurde der Vorschlag gemacht Öffnungszeiten auszuweisen. Dann besteht die Möglichkeit im Beschwerdefall Platzverweise auszusprechen. Dies ist im Fall von Ruhezeiten nicht möglich. Wenn sich jemand entsprechend verhält, darf er natürlich auch noch nach 21 Uhr die Bank am Spielplatz nutzen.

Die Altersbegrenzung sollte für Spielplätze bis 14 Jahre gelten, für die Bolzplätze wurden 25 Jahre vorgeschlagen, damit auch die jungen Erwachsenen noch berücksichtigt werden.

Der Ortsbeirat Rheingönheim sollte jetzt überlegen, ob es Brennpunkte oder besondere Fälle gibt im Stadtteil, bei denen etwas zu beachten ist. Diese Rückmeldungen sollten in den nächsten Wochen zügig erfolgen, um die Beschilderung zumindest an den Brennpunkten für die nächste Saison durchführen zu können.

Die Ortsbeiratsmitglieder sprechen sich heute schon einstimmig dafür aus, dass die Altersbegrenzung bei den Bolzplätzen weggelassen werden sollte. Es handelt sich hier um Begegnungsstätten, auf denen auch Personen über 25 Jahre gerne Fußball spielen möchten, z. B. mit ihren Kindern oder Enkeln.

zu 12 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Sachstand Bauschuttdeponie Hoher Weg 2

Herr Ortsbeirat Engeroff (SPD) stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion bittet um Auskunft über den Stand der Genehmigung durch die SGD SÜD zur Deponieerweiterung in Rheingönheim.

- Welche Materialien dürfen deponiert werden?
- Ist der Grundwasserschutz auch bei einer Überflutung durch Rhein oder Rehbach (s.a. Südspange) ausreichend gewährleistet?
- Ist das sogenannte Laubfroschwäldchen weiterhin als Deponiegelände im Antrag an die SGD SÜD enthalten? Wenn ja, warum fließen unsere Anregungen zum Erhalt des Laubfroschwäldchen nicht in die Planungen mit ein? In diesem Zusammenhang bitten wir um eine abschließende Berechnung der Schuttmenge bzw. ob es eine Neueinschätzung seit der letzten veröffentlichten Planung gibt.
- Um auch bei Erhalt des Laubfroschwäldchens eine ausreichende Ersatzfläche für die Naherholung zu schaffen, fordert die SPD-Ortsbeiratsfraktion die Prüfung, ob eine naturnahe Fläche auf dem Ackergelände zwischen Laubfroschwäldchen und Rehbachmündung geschaffen werden kann.

Sollten Ihnen die Vorschläge/Anregungen nicht bekannt sein, dann lassen Sie uns das wissen. Gerne tragen wir dem zuständigen Dezernat unsere detaillierten Vorstellungen vor.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) fügt hinzu, dass die Deponie von der SPD-Ortsbeiratsfraktion nie in Frage gestellt wurde. Eine Überraschung war allerdings, dass das Laubfroschwäldchen in die Planungen miteinbezogen wurde. Er erinnert sich an einen Besuch im Jahr 2014 mit der damaligen Ortsvorsteherin Frau Appel bei Herrn Neuschwender, in welchem intern über die Deponie gesprochen wurde. Er kann heute nicht mehr sagen, ob das Wäldchen damals überhaupt ein Thema war seitens SPD bzw. WBL. In einer überraschenden Aktion der Rheingönheimer Bürger wurde plötzlich das Wäldchen in den Vordergrund geschoben und um Erhaltung gebeten.

Er war vor Ort und hat sich das Wäldchen angeschaut. Entgegen der früheren Sichtweise würde sich die SPD-Ortsbeiratsfraktion für eine Erhöhung der neu geplanten Deponie aussprechen, um das Wäldchen zu erhalten.

Herr Ortsbeirat Dr. Janjic (CDU) teilt mit, dass die CDU-Ortsbeiratsfraktion bei einer Erhöhung mitgehen würde. Auch Herr Ortsbeirat Dr. Weickert (FWG) stimmt dem zu.

Frau Ortsbeirätin Appel (SPD) erläutert noch, dass die Planung sich in der Zwischenzeit nochmal geändert hat. Es gab zum damaligen Zeitpunkt einen gut geplanten Ablauf mit Bürgerversammlung, Internetauftritt usw. Die ökologische Besonderheit des Auenwäldchens wurde so nie kommuniziert. Anfang des Jahres 2019 entstand die Diskussion darum. Sie hätte sich gewünscht, dass die Naturschutzverbände zum Beginn der Planung 2014 schon aufmerksam gemacht hätten auf die Bedeutung der Schwarzeichen. Wäre es damals schon vorgebracht worden, hätte man früher einlenken können. Jetzt muss man eine Lösung finden, wie man das Wäldchen verschonen und die Deponie wirtschaftlich gestalten kann.

Herr Ortsbeirat Engeroff entnimmt der Antwort des Bereichs Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik, „dass die landwirtschaftlich genutzten Ackerflächen östlich der Deponie in Grünland mit Gehölzstrukturen umgewandelt werden sollen, auch bei Erhalt des Auenwäldchens.“ Dies entspricht den Vorstellungen SPD-Ortsbeiratsfraktion. Ein Anschluss zwischen dem Rehbachbereich und dem Laubfroschwäldchen könnte so geschaffen werden. Beruhigend ist, dass der Grundwasserschutz auch berücksichtigt wurde im Hinblick auf die Nähe des Rheins.

Herr Ortsbeirat Niedhammer weist darauf hin, dass ab dem 16.09.2019 die Offenlage der Planung beginnt und die Ordner im Sitzungszimmer des Gemeindehauses eingesehen werden können.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt mit, dass er nicht überzeugt ist von der Bedeutsamkeit des Wäldchens. Es gibt einen Verlust von 300 000 m³ Deponiefläche, falls die Fläche ausgespart wird. Die Ausgleichsfläche, welche zu Beginn geschaffen wird, hat 15 Jahre Zeit zu wachsen bis die Fläche des Laubfroschwäldchens in Anspruch genommen wird.

Wenn die Masse obenauf gebaut werden kann, ist das in Ordnung. Bei der ganzen Aktion des Laubfroschwäldchens hat ihn aber gestört, dass eine gewisse Fläche hochgespielt wurde, ohne dass in den gesamten Aktionen vorher diese komplette Problematik überhaupt erwähnt wurde.

Herr Ortsbeirat Engeroff spricht an, dass Grünflächen leider schnell vernichtet werden und eine Wiederherstellung nicht möglich ist. Aber gerade in Zeiten der Klimaveränderung sollte man gewachsene Flächen bewahren.

Herr Ortsbeirat Dr. Weickert fragt nach, ob auch asbesthaltiger Beton beim Abriss der Hochstraße auf die Deponie gebracht wird und ob dieser staubfrei entladen werden kann? Leider liegt die Deponie sehr nah am Neubruch und bei unsachgemäßer Lagerung könnte es zu einer bedrohlichen Lage kommen. Um welche Mengen handelt es sich, wie viele Tonnen asbesthaltiger Beton (Eternit) wird hier lagern. In dieser Schadstoffklasse können auch Schwermetalle gelagert werden, so dass hier auch giftige Materialien zur Deponie gebracht werden.

Herr Nebel, der Werksleiter des WBL, steigt in die Diskussion ein und erläutert noch einmal das bisherige Verfahren: Die Standortsuche wurde 2005 begonnen. Es standen 11 Standorte im Stadtgebiet Ludwigshafen zur Auswahl und das Bewertungsverfahren zeigte als sinnvollsten Standort die Erweiterung der vorhandenen Deponie. Auch die verkehrstechnische Erreichbarkeit spielte eine Rolle. 2 Millionen Kubikmeter Ablagerungsvolumen sollten es mindestens sein, ansonsten ist das Thema Wirtschaftlichkeit ein Problem. Im April 2016 gab es ein Brainstormingverfahren und die Internetplattform wurde freigeschaltet. Hier tauchte das Wäldchen zum ersten Mal auf. Es gab damals Fragen hierzu, welche auch beantwortet wurden. Da es anschließend keine weiteren kritischen Rückfragen gab, hat man seinerzeit beschlossen, dass Wäldchen in die Planung miteinzubeziehen. Gleichzeitig wurde die Wertigkeit erkannt und der Ausgleich für dieses Wäldchen wurde über das Mindestmaß, welches vom Naturschutz her gefordert wird, hinaus gewährt. Es gab die Einschränkung auf 124 Meter Höhe. Sollte man sich jetzt darauf verständigen, die Höhe nach oben zu verschieben, dann könnte man die 2 Millionen Kubikmeter halten. Es würde eine Höhe von 134 Meter benötigt, um die Fläche des Wäldchens kompensieren zu können. Der WBL ist hierfür offen. Das Verfahren wurde aber jetzt trotzdem angestoßen, weil die alte Deponie vollläuft in ca. einem Jahr. Eine Übergangszeit mit Problemen wird es sowieso geben, da das Deponieangebot insgesamt sehr eingeschränkt ist.

Es wird unterteilt in vier Klassen:

4 = Untertagedeponie

3 = Sonderabfall

2 = Siedlungsabfälle

1 = Erdabfälle (die auch Schadstoffe, welche sich nicht im Wasser lösen können und sich nicht die Atmosphäre auflösen können, beinhalten können)

0 = reiner Erdaushub

Die Zeitschiene sieht jetzt eine vierwöchige Offenlage vor. Sollten in dieser Zeit Einwände kommen, dann wird man sehen wie es weitergeht. Auch im Hinblick auf die Hochstraße ist die Zeitschiene sehr wichtig.

Auf die Frage von Herrn Ortsbeirat Dr. Weickert antwortet Herr Nebel abschließend noch, dass die Abfälle selbstverständlich nach den geltenden Regeln eingebaut werden. Bei Asbestabfällen ist es grundsätzlich so, dass diese an der Baustelle luftdicht verpackt werden, dann werden sie eingebaut, ein halber Meter feuchte Erde kommt darüber und danach wird erst verdichtet. Es ist ausgeschlossen, dass hier Fasern in die Umgebung austreten. Die natürliche Untergrundbelastung bei Asbest sind 500 Fasern pro Kubikmeter Luft. Ein Innenraum gilt als saniert, wenn weniger als 1 000 Fasern pro Kubikmeter Luft in einem Raum sind.

Herr Ortsbeirat Weickert gibt zu bedenken, dass diese Sicherheit nur gewährleistet ist, solange nichts passiert. Die Risiken sind zwar minimal, aber es könnte auch einmal ein Katastrophenfall eintreten.

Herr Nebel äußert sich hierzu, dass auch ein großes Interesse daran besteht die Mitarbeiter der Deponie zu schützen. Deshalb wird hier allergrößter Wert auf eine sichere Arbeitsweise gelegt.

Herr Ortsbeirat Niedhammer merkt zur vorgeschlagenen, erweiterten Deponiehöhe plus 10 Meter mehr an, dass die Personen, welche das Wäldchen erhalten wollen, jetzt befragt werden müssen, ob Sie auch mit dieser Erhöhung einverstanden sind. Wenn die Mehrheit mitgeht, dann kann ein Kompromiss gefunden werden.

Herr Ortsbeirat Dr. Weickert macht noch den Vorschlag im Anschluss an die alte Deponie einen Park zu errichten, einen Weg oder Trimm-Dich-Pfad zur Nutzung.

Frau Ortsbeirätin Appel wendet ein, dass seit vielen Jahren die Planung besteht, dass der abgeschlossene Teil der Deponie modelliert, begrünt und begehbar gemacht wird. Dies war immer Stand der Dinge.

Herr Ortsvorsteher Wißmann stellt abschließend noch die Frage, ob eine Asbestanlieferung überhaupt erlaubt ist?

Herr Nebel bejaht dies.

Herr Ortsbeirat Dr. Weickert stellt fest, dass in der Stellungnahme unter Punkt 1 nicht offen kommuniziert wird, dass hier Asbest abgelagert werden darf, außerdem Schwermetalle. Dies geht aus der Antwort nicht hervor.

Herr Nebel beantwortet dies mit dem Hinweis auf einen Katalog, in welchem die maximalen Obergrenzen festgelegt sind, welche nach der Deponieverordnung zulässig sind. Natürlich sind auch Böden gerade in Ludwigshafen immer mal wieder belastet, diese werden beprobt und dann wird geprüft, auf welcher Deponieklasse abgelagert werden kann. Er wollte zum Thema Rekultivierung noch ergänzen, dass auch die Idee besteht den Bereich des Römerkastells so nachzugestalten, dass man die Umrisse wieder erkennen kann.

Herr Ortsbeirat Engeroff stellt noch eine Frage zur Erreichbarkeit der Deponie. Die Deponie liegt an der K7, Straße nach Altrip. Er hat allerdings Zweifel, ob die Zufahrtskreuzung dem Anlieferolumen durch den Hochstraßenabriss standhalten wird. Und ob die Gleise der Straßenbahn das aushalten. Wäre eine Umgestaltung der Kreuzung nicht sinnvoll oder besteht die Möglichkeit die neue Deponie 2 über das Gelände des Betriebshofs oder des Industriepark Süd anzufahren?

Herr Nebel antwortet, dass nicht die gesamte Masse der Hochstraße angeliefert wird. Das meiste dort ist unbelastet und wird damit in den Kreislauf zurückgeführt. Auf die Deponie kommen nur die Stoffe, welche nicht mehr in diesen Kreislauf zurückgeführt werden können. Hochwertiger Beton ist als Straßenunterbau oder Recyclingbeton verwendbar.

Nach den derzeitigen Planungen und Überlegungen wird von 20 000 bis 30 000 Tonnen im Jahr ausgegangen. Das ist nicht wesentlich höher als die bisherige Verkehrsbelastung. Eine Zufahrt über den Betriebshof könnte er sich vorstellen, sieht aber keine Notwendigkeit. Im Moment wird der Anlieferverkehr etwas ausgebremst, weil die alte Deponie bald vollläuft. Die nächsten Deponien sind in Zweibrücken und Kaiserslautern.

Herr Ortsbeirat Dr. Weickert fragt nach den LKW-Ladungen, welche Teeranteile haben. Wie hoch ist die Menge?

Herr Nebel kann dies schwer sagen, es richtet sich danach, wo gebaut wird. Es gab eine Bauphase, in der dieses Material einige Zeit verwendet worden ist und je nachdem richtet sich die Menge. Sie kann bei null liegen, kann aber auch nach oben schnellen, wenn die TWL einen großen Straßeneinbruch hätte oder Sanierungsmaßnahmen im Gasbereich.

Herr Ortsvorsteher Wißmann geht davon aus, dass die Menge, welche auf die Deponie gebracht wird schon reduziert wird durch die Mitarbeiter, welche an der Waage sitzen. Ein unbeschränktes Einfahren von Transporten ist personaltechnisch gar nicht möglich.

Herr Ortsbeirat Dr. Weickert möchte noch wissen, warum ausgerechnet Ludwigshafen ausgewählt wurde und nicht ein Ort außerhalb von Ludwigshafen, welcher weniger Einwohner hat und weniger verdichtet ist.

Herr Nebel kann dies aus dem Stegreif nicht sagen. Die Entscheidung liegt schon eine gewisse Zeit zurück und war vor seiner Zeit.

Herr Ortsvorsteher Wißmann merkt an, dass hier ausschließlich Schutt abgelagert wird, welcher auch in Ludwigshafen anfällt. Dies heißt im Umkehrschluss, dass sich jede Gemeinde wehren würde, wenn man dort den Bauschutt von Ludwigshafen anliefern würde.

Der Ortsvorsteher teilt noch einmal mit, dass im Ortsvorsteherbüro 3 ziemlich umfangreiche Ordner stehen zum Planfeststellungsverfahren, welche jeder interessierte Bürger gerne während der Bürozeiten (Montag bis Donnerstag von 9 Uhr bis 12.30 Uhr) ansehen kann.

Herr Nebel weist daraufhin, dass auch der WBL am Kaiserwörthdamm die Ordner ausliegen hat. Man kann sich auch gerne dort informieren zu den üblichen Öffnungszeiten (Montag bis Freitag von 7 Uhr bis 12 Uhr und Montag bis Donnerstag von 14 bis 16 Uhr).

zu 13 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Sachstand Ertüchtigung Rehbachdeich Gemarkung Rheingönheim

Herr Ortsbeirat Engeroff (SPD) stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion bittet die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es Planungen, ab welchem Zeitraum die Baumaßnahme beginnen soll?
2. Mit welcher Bauzeit ist zu rechnen?

3. Wurden schon Verhandlungen zum Erwerb von Grundstücken mit den Grundbesitzern geführt?

4. Wieviel Hektar Grund muss dafür erworben werden?

Für Rückfragen, die zur besseren Beantwortung unserer Anfrage dienen, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) erläutert, dass bereits zum dritten oder vierten Mal nach den Rehbachdeichen angefragt wird. Alle Deiche in der Umgebung sind 30 cm höher als der Rehbachdeich. Im Hochwasserfall läuft hier zuerst der Deich über. Zwischen Limburgerhof und dem Rhein liegt der Rehbachdeich als Schwachpunkt. Da man vor vielen Jahren versäumt hat ihn zu pflegen, ist der Deich bereits mit Bäumen bewachsen und mit Wurzelwerk durchlöchert. Jetzt darf man die Bäume nicht mehr fällen darauf, sondern muss einen neuen Damm vor den bestehenden Damm bauen. Dies kostet Geld und Gelände. Die Frage ist nun, wann hier gehandelt wird.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Antwort des Bereichs Umwelt aus und liest vor:

„Mit Mail vom 05.09.19 hat uns der Gewässerzweckverband Rehbach - Speyerbach wie folgt geantwortet:

..zum Verfahrensstand können wir folgendes mitteilen:

Aufgrund der verschiedenen Einwendungen und Anregungen im Planfeststellungsverfahren wurden und werden noch Gespräche mit den Beteiligten in Bezug auf die Einwendungen geführt.

Mit den Pfalzwerken konnte bzgl. des Abstandes der Masten zum Rehbachpolder eine Klärung erreicht werden. Mit der Landwirtschaftskammer konnten ebenfalls in einem Gespräch offene Punkte insbesondere im Hinblick auf den Flächenverbrauch geklärt werden. Weitere Gespräche mit Limburgerhof, der SGD stehen noch aus.

Das Planfeststellungsverfahren soll im kommenden Jahr abgeschlossen werden.

Zu 1. Nach erfolgter Planfeststellung und Grundstücksverfügbarkeit.

Zu 2. Es ist eine abschnittsweise Ausführung vorgesehen. Bei 3 Abschnitten war die bisherige Planung jedes Jahr einen Abschnitt zu bauen.

Zu 3. Verhandlungen mit den Grundstücksbesitzern erfolgen nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens.

Zu 4. Zu erwerben sind ca. 4,7 ha. Allerdings oftmals nur geringe Teilflächen. Es handelt sich dabei um mehr als 200 Einzelgrundstücke.“

Herr Ortsbeirat Niedhammer schlägt vor, dass der Ortsbeirat eine beschleunigte Abwicklung verlangen soll.

Frau Ortsbeirätin Appel (SPD) wünscht, dass der Ortsvorsteher sich mit einem Schreiben an die Zuständigen wenden soll und auf Dringlichkeit pochen.

Herr Ortsvorsteher Wißmann sagt zu, dass er in einem Schreiben eine bessere Aufklärung und ein zielgerichtetes und zügiges Vorgehen parallel zur Planung fordern wird.

**zu 14 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Stadtentwicklungskonzept für Rheingönheim**

Herr Ortsbeirat Dr. Janjic (CDU) stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Es werden Neubaugebiete erschlossen. Rheingönheim wächst und wird zunehmend attraktiver für junge Familien und Bürgerinnen und Bürger aus dem Umland. Die Modernisierung und der Erhalt unseres Ortskerns sind allen Bürgerinnen und Bürgern ein großes Anliegen. Deshalb ist die Forderung nach einem Stadtteilentwicklungskonzept daher verständlich! Wie ist der Sachstand hinsichtlich des Stadtteilentwicklungskonzeptes für Rheingönheim? Wann wird Rheingönheim zum förmlich festgelegten Sanierungsgebiet ernannt?

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Antwort des Bereichs Stadtvermessung und Stadterneuerung aus und liest vor:

„Für das Gassenquartier von Rheingönheim wurde von der Abteilung Stadterneuerung der schon in den vergangenen Jahren festgestellte Sanierungsbedarf bestätigt. Derzeit werden Sanierungsgebiete in der Stadt abgeschlossen/abgerechnet und die Stadt wird sich beim Land für ein neues Stadterneuerungsgebiet in der Innenstadt bewerben. Wenn über das neue Stadterneuerungsgebiet entschieden ist, lässt sich absehen, ob und welche personellen Kapazitäten bei der Abteilung Stadterneuerung für die Einrichtung und Betreuung eines Sanierungsgebietes in Rheingönheim zur Verfügung stehen.“

Die Ortsbeiräte nehmen diesen Tagesordnungspunkt auf Wiedervorlage zur entsprechenden Zeit.

**zu 15 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand zur Baumaßnahme Südspange auf Rheingönheimer Gelände**

Herr Ortsbeirat Engeroff (SPD) stellt die Anfrage vor:

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion bittet um Auskunft zur Baumaßnahme SÜDSPANGE.

- Wie weit ist die Bautätigkeit auf Rheingönheimer Gemarkung fortgeschritten? Bitte mit Gemarkung und Plannummer angeben.
- Bis wann rechnet die Behörde mit dem Ende der Maßnahme im Bereich Rehbach? Wir verweisen auf unsere Forderung, dass über die SÜDSPANGE erst dann Wasser eingeleitet werden darf, wenn der Rehbachdeich ertüchtigt ist.

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion verlangt die Einstellung der Baumaßnahme SÜDSPANGE, da wir den Sinn dieser Baumaßnahme nicht mehr erkennen können. Die Niederschlagsmenge in der Vorderpfalz zurzeit - und auch was für die Zukunft laut Experten zu erwarten ist - rechtfertigt die Forderung nach sofortiger Einstellung der Baumaßnahme.

Dieses eingesparte Geld sollte für Renaturierungsmaßnahmen eingesetzt werden. Das ist sinnvoller.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) erklärt kurz für die neuen Ortsbeiräte die bisher im Ortsbeirat diskutierte Planung zur Südspange. Auch dieses Thema beschäftigt den Ortsbeirat Rheingönheim schon längere Zeit.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Stellungnahme des Bereichs Umwelt inklusive der zwei Pläne aus und liest sie vor:

Stellungnahme des Gewässerzweckverbandes Isenach- Eckbach, Mail vom 02.09.19 mit 2 Anlagen:

„Auf der Rheingönheimer Gemarkung wurde noch kein Bauwerk errichtet. Im Zuge der zukünftigen Bautätigkeit wurden vorbereitete Maßnahmen (Rodungsarbeiten, Kampfmittelsondierung) im Bereich der B9, Rehbachpolder, durchgeführt. Die betroffenen Flächen sind in der Gemarkung 4151 mit der Flurstücksnummer 4388/1, 4387/1, 4386/6, und 2001/18 (siehe Anhang: KR-D-BA1-bereits_sondiert.pdf und Anl_2_3KR-D-BA3_bereits_sondiert.pdf). Alle genannten Flurstücke sind ausschließlich in öffentlicher Hand.

Auf dem Grundstück mit der Flurstücksnummer 1895 (Privatfläche, Gemarkung 4151) wurde der Beregnungsstrang 30 umverlegt. Hier wurden auch Kampfmittel- und archäologische Sondierungen durchgeführt. Sobald der Gestattungsvertrag von LBM vorliegt, ist es geplant zügig mit den eigentlichen Baumaßnahmen zu beginnen.

Die Maßnahme hat bereits mit verschiedenen einzelnen Bauaktivitäten (Umverlegung von Gas- und Beregnungsleitungen, Rodungsmaßnahmen, Kampfmittelerkundung, archäologische Grabungen etc.) begonnen. Weitere Bautätigkeiten (Durchpressung Bahndamm) werden derzeit zur öffentlichen Ausschreibung vorbereitet.

Die Maßnahme soll nach derzeitigem Planungsstand voraussichtlich Ende 2022 beendet werden.

Vereinzelt ja, großflächige Verhandlungen wurden noch nicht geführt. Im September 2019 werden für die geplante Durchpressung des Bahndamms der DB weitere Schreiben an die Grundstückseigentümer verschickt.

Auf der Gemarkung Rheingönheim wird ca. 3,3 ha Fläche dauerhaft (2,5 ha private und 0,8 ha öffentliche Fläche) benötigt. Bauzeitlich werden rd. 0,5 ha private Fläche in Anspruch genommen.

Die Einstellung der Maßnahme ist keine Option für den Verband. Die Begründung ist nicht stichhaltig und nachvollziehbar. Zumal ökologische Gesichtspunkte bei der Realisierung der Südspange einen hohen Stellenwert haben.

Sollte die Stellungnahme nicht ausreichend sein, können wir nach einer Rückmeldung gerne noch ausführlicher dazu vortragen.“

Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Forderung der Einstellung der Maßnahme:

„Die Südspange ist wesentlicher Teil des wasserwirtschaftlichen Gesamtkonzeptes für die Vorderpfalz. Neben großräumigen Rückhaltmaßnahmen im Dürkheimer Bruch und der Frankenthaler Terrasse sind Maßnahmen notwendig die Ableitung aus diesen Gebieten auch zu gewährleisten

Die Südspange ist so angelegt, dass max. 2 m³/sec aus dem Isenachgebiet in das Rehbachtal geleitet werden können. An der Rehbachmündung besteht aufgrund des neuen Schöpfwerkes eine Schöpfleistung von 6 m³/sec, die bereits 2014/2015 hergestellt wurde.

Somit erfährt das Rehbachpolder keine Mehrbelastung; ganz im Gegenteil, eine deutliche Entlastung.

Durch das Pumpwerk und die entsprechenden Maßnahmen die am Rheinhauptdeich und Rehbachdeich und Rebachschließe durchgeführt wurden, hat sich die Situation deutlich verbessert. So kann der Wasserspiegel im Rehbachpolder im Hochwasserfall deutlich abgesenkt werden, was vorher nicht möglich war. Mit Leistung von bis zu 4 - 6 m³ pro Sekunde kann nun der Wasserstand im Polder geregelt werden. Die Sicherheit hat sich dadurch nach dem derzeitigen Stand für Rheingönheim rechnerisch von einem 30-40 jährlichem auf ein 100 jährliches erhöht. Darüber hinaus wurde vor einigen Jahren der Katastrophepolder an der A61 (Gemarkungen Schifferstadt, Böhl- Iggelheim) errichtet, wo die Möglichkeit besteht durch Verschließen der Durchlässe Rebachhochwasser zurückzuhalten. Die Hochwassersituation hat sich insgesamt für die Rebachunterlieger durch den Katastrophepolder und insbesondere das neue Schöpfwerk massiv verbessert. (vgl. auch umfangreiche Broschüre der SGD Süd :

https://sgdsued.rlp.de/fileadmin/sgdsued/Dokumente/Wasserwirtschaft/Hochwasserschutz/Hochwasserschutz_zw_Altrip_u_Rheingoenheim.pdf)

Hochwasserschutz ist nur solidarisch möglich.

Rheingönheim hat gerade wegen dieser Solidarität im Verbandsgebiet bereits einen deutlich erhöhten Hochwasserschutz in Verbindung mit der Südspange erhalten, während die Frankenthaler Terrasse, insbesondere Ruchheim aufgrund der Planungsschwierigkeiten schon sehr lange auf Entlastung im Hochwasserfalle wartet. Vor dem Hintergrund, dass die Fachbehörden und die Fachleute in der Verwaltung keine Nachteile für Rheingönheim sehen, wenn die Wasserzufuhr gemäß der o.g. Planfeststellung geregelt wird, wird die Verwaltung die Inbetriebnahme der Südspange zur Entlastung von Ruchheim nicht in Frage stellen. Dies hat der Stadtrat durch seinen Beschluß auch gewährleistet.

Das Projekt wird zu 90% vom Land für Hochwasserschutz gefördert. Eine Umwidmung in Renaturierungsmaßnahmen ist zunächst nicht möglich. Gleichwohl begrüßt 4-15 die Initiative zu mehr Renaturierung in Hinblick auf das Rehbachtal. Erste Überlegungen im Rahmen der Gewässerpflegeplanung liegen vor, die gemeinsam mit den notwendigen naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen für die Rebachdeiche in ein Renaturierungskonzept zusammengeführt werden sollen.“

Herr Ortsbeirat Engeroff merkt an, dass die SPD-Ortsbeiratsfraktion sich die Südspange vorstellen könnte, wenn vorher die Rebachdeiche saniert werden. Aber hierzu wird gar nicht Stellung genommen. Der Deich ist nicht in Ordnung, so kann das Schöpfwerk nicht funktionieren.

Herr Ortsbeirat Niedhammer appelliert an die Landwirte und wird mit Herrn Sponagel ein Gespräch führen, damit die Landwirtschaftskammer zum Thema Südspange informiert wird.

Herr Ortsbeirat Dr. Janjic (CDU) stellt die Anfrage vor.

Die Sportanlagen in Rheingönheim sind in einem renovierungsbedürftigen Zustand. Die Beregnungsanlage der Bezirkssportanlage ist kaputt! In diesem Jahr fand eine Sportstättenbegehung statt.

Welche Ergebnisse liegen hierzu vor?

Wann wird die Beregnungsanlage der Bezirkssportanlage instandgesetzt?

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Antwort des Bereichs Sport aus und liest vor:

„Am 09.05.2019 fand eine Sportstättenbegehung im Stadtteil Rheingönheim statt.

Unsere Oberbürgermeisterin, Frau Jutta Steinruck hat dazu eingeladen und wurde von Herrn Wilhelm Wißmann (Ortsvorsteher), Herrn Winfried Ringwald (Ludwigshafener Sportverband) und dem Bereich Sport begleitet.

Die Sportvereine mit ihren eigenen Sportanlagen haben eindrucksvoll ihre Einrichtungen und ihre Vereinsarbeit vorgestellt. Der größte Teil der besichtigten Sportanlagen war in einem guten Zustand. Die Sportvereine machen von dem Sportförderprogramm bis 75.000,-- Euro, zur baulichen Sanierung ihrer Anlage, regen Gebrauch. Frau Steinruck hat auch darauf hingewiesen, dass bitte neue Anträge bis zum 30. September 2019 beim Bereich Sport und Sportbund Pfalz einzureichen sind.

Der TV Rheingönheim hat dabei auch sein Konzept zum Neubau einer Sporthalle in Verbindung mit einem Lebensmitteldiscounter vorgestellt. Im Zuge dieses Projektes sind umfangreiche stadinterne Prüfverfahren in den verschiedensten Bereichen notwendig, die noch nicht abgeschlossen sind. Deshalb liegen im Moment noch keine abschließenden Ergebnisse vor.

Der Ortsbeirat wird bei vorliegenden Ergebnissen informiert.

Die Beregnungsanlage ist instandgesetzt und wieder in Betrieb.“

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt mit, dass bei der Sportstättenbegehung auch über das Konzept des TV Rheingönheim in Verbindung mit einem Lebensmitteldiscounter gesprochen wurde. Mit diesem Konzept, welches auch eine sehr gute Lösung für eine neue Turnhalle beinhaltet, soll auch an die Öffentlichkeit gegangen werden.

Herr Ortsbeirat Engeroff macht auf die Verkehrssituation aufmerksam. Gegenüber des TV Rheingönheim liegt die Endhaltestelle mit großer Fußgängerfrequenz, solche Themen dürfen nicht isoliert gesehen werden. Hier sollte eine Verknüpfung zu Tagesordnungspunkt 9 hergestellt werden.

Der Ortsbeirat fordert die Verwaltung auf tätig zu werden.

**zu 17 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand Erweiterung Mozartschule**

Herr Ortsbeirat Engeroff (SPD) stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion benötigt Informationen über den aktuellen Stand zu den Planungen betreffend Erweiterung der Mozartschule Rheingönheim:

- Wurde an den seit Frühjahr 2019 vorliegenden Planungen weitergearbeitet? Die SPD-Ortsbeiratsfraktion bittet im Fall einer Fortführung der Planungen um Detailinformationen.
- Falls die Planungen nicht weiterverfolgt wurden benötigen wir Auskunft (zeitlich/inhaltlich) über die nächsten Schritte.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Antwort des Bereichs Gebäudemanagement aus und liest vor:

„Das umzusetzende Raumprogramm gemäß ADD ist im Verlauf der Projektentwicklung konkretisiert und wie folgt festgelegt worden:

1 Klassenraum

1 Bibliotheksraum

2 Räume für betreuende Grundschule

Erweiterung des Lehrerzimmers

Gleichzeitig sind die vorhandenen Nebenräume (wie Sanitärräume u. a.) zu überprüfen und bei Erfordernis anzupassen.

Auf der Basis bisheriger Planungsüberlegungen und –skizzen laufen die weiteren Projektentwicklungen zur Umsetzung des Raumprogramms. Hierbei sind neben funktionalen Zusammenhängen (Schulbetrieb und Raumfunktionen) auch die Bausubstanz des Bestandes ebenso wie notwendige Umbau- und Anpassungsmaßnahmen in enger Abstimmung mit Schulverwaltung, Schulleitung und ADD zu berücksichtigen.

In erster Priorität wird am Standort derzeit eine provisorische Pavillonlösung für aktuell bis zu 4 Klassenräume entwickelt, um einen akuten Raumbedarf bis zur abschließenden Projektrealisierung decken und einen Schulbetrieb gewährleisten zu können.

Im unmittelbaren Anschluss daran werden dann die konkreten Projektplanungen wieder aufgenommen und fortgesetzt.“

Herr Ortsvorsteher Wißmann erläutert dazu, dass er einen Termin hatte mit dem Bereich Gebäudemanagement und dem Bereich Schulen. Er erörtert die wichtigsten Punkte aus dem Gespräch:

Die Idee des Ortsbeirates mit der Containerlösung wird jetzt vom Bereich Gebäudemanagement ausgeführt. Es werden aber 3 Meter hohe Container angeschafft. Deswegen sind diese auch doppelt so teuer wie die normalen Container. Im Zeitraum 2022/23 sollen diese aufgestellt werden. Für den Standort der Pavillons ist eine Fläche von ca. 150 m² vorhanden. Der Ortsvorsteher wollte hier eine Vorstellung im Ortsbeirat. Aber dies war zeitlich nicht möglich und wird evtl. im nächsten Ortsbeirat nachgeholt.

Für den Schulbau bestehen besondere räumliche Anforderungen, z. B. eine Raumhöhe von 3 Metern. Auch bei einem Neubau der Sporthalle kann u. a. aus statischen Gründen keine Aufstockung veranlasst werden. Die ADD fordert eine wirtschaftliche Lösung, deshalb können keine Prognosen für den zusätzlichen Bedarf berücksichtigt werden. Momentan gibt es an der Schule 15 Klassenzimmer, ein weiteres wird benötigt. 16 Klassenzimmer werden voraussichtlich bis 2024/25 den Bedarf decken.

Im Falle eines Schulneubaus an einem anderen Standort wäre die Fläche hinter der TG-Halle möglich, wobei er noch den Vorschlag gemacht hatte, grundsätzlich ein neues Schulhaus zu bauen und verwenden den sog. Neubau der Mozartschule für die Kita und den alten Schulbestand für Vereine. Dies wurde abgelehnt.

Die Tatsache, dass keine Turnhalle mit Aufstockung möglich ist, kann man sich evtl. erklären mit der Überschreitung der vorgeschriebenen Bauhöhe.

Zum Thema Schulmuseum ist noch zu sagen, dass es noch Einlagerungen gibt. Diese könnten nach der Sanierung des Gemeindehauses im Dachgeschoss präsentiert werden.

Das Thema Parkplätze muss noch geklärt werden. Der Hol- und Bringverkehr stellt weiterhin ein Problem dar.

Befriedigend stellt sich die Situation nicht dar. Es wird nicht vorausschauend geplant.

Der Ortsbeirat fordert für die nächste Sitzung eine persönliche Vorstellung durch einen kompetenten Verantwortlichen und eine Einbeziehung des neu geplanten Neubaugebietes in die Planungen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
22:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 02.10.2019

Martina Majorosi
Schriftführer

Wilhelm Wißmann
Vorsitzende/r